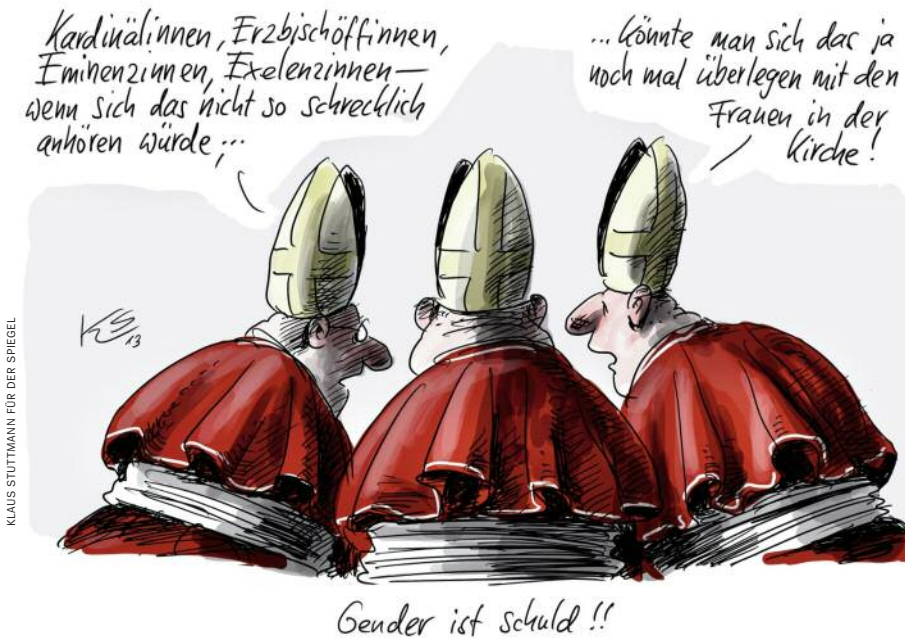




GLEICHBERECHTIGUNG

Sein Name ist Sie

Die deutsche Sprache soll geschlechtergerecht werden. Diesem Ziel hat sich auch die Bundesregierung verschrieben. Doch das klingt einfacher, als es ist. *Von Ralf Neukirch*

Der Deutsche Germanistenverband stand vor einiger Zeit vor einem Problem: Wie redet man in einem Rundschreiben die Damen und Herren Mitglieder korrekt an? „Liebe Mitglieder“ wäre eine Lösung gewesen. Das Mitglied ist grammatisch ein Neutrum, kein Geschlecht müsste sich benachteiligt fühlen. Aber so einfach ist es nicht.

Die Mitglieder hatten schon vor über 30 Jahren Anstoß erregt. Die Linguistin Luise Pusch berichtet über Diskussionen unter feministischen Sprachwissenschaftlern Ende der siebziger Jahre. Das Wort Mitglied missfiel ihnen wegen zu starker Anklänge ans männliche Sexualorgan. Es sollte durch eine weibliche Variante ergänzt werden. Vorschläge waren unter anderem Ohneglied, Mitklitoris oder, kürzer, Mitklit. Letzteres ähnelt hingegen immerhin der Ursprungsversion.

Dem Germanistenverband war das zu genitalfixiert. Er entschied sich für eine intuitive Lösung: „Liebe Mitgliederinnen und Mitglieder“ stand nun über dem Schreiben, das vor zwei Jahren verschickt wurde. Mitgliederinnen? Eine erstaunliche Formulierung für einen Verband, in dem Hochschulgermanisten und Deutsch-

lehrer (und Deutschlehrerinnen) organisiert sind.

Aber kein Einzelfall. Unternehmensvertreter wenden sich ebenso an Mitgliederinnen wie lokale Sportvereine. Selbst die „Bild“-Zeitung, feministischer Sympathien unverdächtig, berichtete vor anderthalb Jahren ganz bewusst über die Mitgliederinnen ihres Leserbeirats.

Die gendergerechte Sprache, früher nur in frauenbewegten Zirkeln ein Thema, hat den Mainstream erreicht. Kaum eine Landesregierung, Behörde oder Universität kommt ohne Empfehlungen zur geschlechtergerechten Formulierung aus. Auch die Bundesregierung mag da nicht zurückstehen. In Paragraph 42, Absatz 5 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien heißt es: „Gesetzentwürfe sollen die Gleichstellung von Frauen und Männern sprachlich zum Ausdruck bringen.“

Deshalb gibt es in der neuen Straßenverkehrsordnung auch keine Radfahrer mehr, sondern nur noch „Rad Fahrende“. In Paragraph 8 heißt es nun: „Wer die Vorfahrt zu beachten hat, muss erkennen lassen, dass gewartet wird.“ Damit will das Ministerium offenbar endgültig klarstellen, dass die Vorfahrtsregeln auch für Frauen gelten.

Grundlage dieser Entwicklung ist der Gedanke, in der Grammatik einer Sprache drückten sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse aus. Feministinnen beklagten gar die „sprachliche Vernichtung der Frau“. Die Sprache soll sich ändern, damit die Machtverhältnisse sich ändern. Der zaghafte Einwand, dass der umgekehrte Weg möglicherweise erfolgreicher wäre, spielt in der Debatte keine Rolle mehr.

Es ist nicht einfach, die sprachlich vernichtete Frau textlich wiederzubeleben. Sprache verändert sich, aber der Sprachgebrauch lässt sich akademisch nicht vorschreiben. Ein „Leitfaden zur geschlechtergerechten Formulierung“ des Justizministeriums Schleswig-Holstein beschrieb das zentrale Problem schon 2000 treffend: Die Hauptschwierigkeit, so heißt es dort, liege vor allem darin, „einen geschlechtergerechten und trotzdem lesbaren Text zu verfassen“.

An dieser Aufgabe sind Projekte gescheitert, die größer waren als die Straßenverkehrs-Ordnung. Evangelische Theologen erarbeiteten vor einigen Jahren eine „Bibel in gerechter Sprache“. Eine naheliegende Unternehmung – findet doch selbst die konservative Familienministerin Kristina Schröder, man könne auch „das liebe Gott“ sagen.

In der gerechten Bibel wird aus „Herrlichkeit“ zumeist „Glanz“, wegen der Silbe „Herr“. Die stammt zwar vom Adjektiv „hehr“ – erhaben –, aber sicher ist sicher. Gott ist in dieser Bibel wahlweise weiblich oder männlich, mal „die Lebendige“ oder schlicht „Ich-bin-da“. Das Geschlecht wechselt beständig, auch im selben Satz. Das führt zu rätselhaften Aussagen: „Er ist ein Krieger; sein Name ist Sie“ (Buch Exodus). „Gut gemeint, aber völlig unleserlich“, urteilte die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“.

Blähung ist ein weiteres Problem, mit dem geschlechtersensible Texte zu kämpfen haben. Das generische Maskulinum – „der Verbraucher“ als Bezeichnung für männliche und weibliche Verbraucher – ist im Alltag bewährt, genießt in der Szene aber einen schlechten Ruf. Untersuchungen zeigten, dass es zu einer geringeren gedanklichen Einbeziehung von Frauen führe, heißt es in einem Fachaufsatz. Wie aber schreibt man so, dass Leser die Frauen mitdenken?

Das sogenannte Binnen-I („die VerbraucherInnen“), bei den Grünen sehr beliebt, ist umstritten, weil es von der Existenz zweier klar bestimmbarer Geschlechter, nämlich Männern und Frauen, ausgeht, wie es in einem Sprachleitfaden der Universität Köln heißt. Eine Lösung wäre das in der Queer-Theorie populäre „Gender-Gap“, wie es unter anderem das Zentrum für Geschlechterstudien der Berliner Humboldt-Universität praktiziert: „Die Gender Studies freuen

sich über Student_innen aus dem ... Ausland.“

Die Leerstelle schlage in ihr dialektisches Gegenteil um und verweise „im Sinne der Unterstrichvariante auf Menschen, die gesellschaftlich und strukturell unsichtbar gemacht werden“, erklärt die Philosophin Gudrun Perko. Wobei unklar ist, ob das auch jeder Leser versteht. Als Alternative gilt der Genderstar, auf den die Grüne Jugend Hessen setzt: „ein Feiertagsgesetz, womit jede*r leben kann“.

Der letzte Schrei in Genderzirkeln ist das „Dynamische Gendern“. Man setzt einen Unterstrich irgendwo im Wort („Fem_inistinnen“). So wird hervorgehoben, „dass es nicht einen festen Ort gibt, an dem ein Bruch in Zweigenderung stattfindet“, wie es in einem Blog heißt.

In der Praxis haben sich diese Stilarten nicht durchsetzen können, weil sie schon das Lesen einer Twitter-Mitteilung zum Dechiffrierabenteuer machen. Andere Vorschläge sind ebenfalls nicht unproblematisch. Die Universität Köln empfiehlt in ihrem Leitfaden „ÜberzeugENDERe Sprache“, den geschlechterunsensiblen Bürgersteig durch einen Bürger*innensteig zu ersetzen. Aus „ausländerfeindlichen Sprüchen“ sollen „diskriminierende Sprüche gegenüber Personen mit Migrationshintergrund“ werden. Das könnte manchem doch zu umständlich sein.

Auch eine weitere Anregung der Kölner Universität kann nicht wirklich überzeugen. Der Leitfaden bietet Studierenden, die sich nicht zwischen Genderstar, Binnen-I oder anderen sensiblen Formen entscheiden können, eine Bastelanleitung für einen Würfel. Mit dem können die angehenden Akademiker dann unterschiedliche korrekte Formen auswürfeln.

Viele Anhänger des gendersensiblen Schreibens wählen einen pragmatischen Ansatz: Um Texte gerecht und lesbar zu gestalten, bleiben sie bei manchen Begriffen beim traditionellen Maskulinum – und zwar bei den negativen.

In der „taz“ etwa tauchten in den vergangenen zehn Jahren unzählige Faschisten auf, aber keine FaschistInnen. Auf Antisemiten trifft man in dem Blatt häufig, auf „AntisemitInnen“ eher selten. Auch die „GewalttäterInnen“ sind anders als die Gewalttäter eine Rarität.

Die Grünen kennen in dem Entwurf für ihr Wahlprogramm zwar IdealistInnen und GeringverdienerInnen. Wer an führender Stelle bei Fonds, Banken oder Versicherungen arbeitet, für den gilt aber ganz traditionell: „Der Kapitän geht mit dem Schiff unter.“

Dass das Böse männlich ist, finden nicht nur Linke. In einer Pressemitteilung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner ist von den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Rede. Die müssen vor den Callcenter-Betreibern geschützt werden (aber nicht vor den Betreiberinnen). Während die Bürgerinnen in zahllosen öffentlichen Verlautbarungen erscheinen, sucht der Leser die Verur-

sacherinnen meist vergebens.

Das Bundesjustizministerium, das sich um die sprachliche Geschlechtergerechtigkeit der Gesetzestexte kümmern muss, hat dafür eigens ein privates Unternehmen beauftragt. Die Frau, die sich der vermutlich schwierigsten Aufgabe im deutschen Gesetzgebungsverfahren widmet, heißt Stephanie Thieme. Jedes Gesetz muss über ihren Tisch, sie soll mit ihren Mitarbeitern dafür sorgen, dass die Texte lesbar, in sich schlüssig und natürlich geschlechtergerecht sind.

Bei manchen Texten helfen kleine Eingriffe, „ärztliche Approbationsordnung“ statt „Approbationsordnung für Ärzte“. Manchmal wird aus einem Vorsitzenden eine Person, die den Vorsitz führt. Was am Ende im Gesetz stehe, entscheiden die Ministerien selbst.

Oft wird gar nicht geändert. Große Gesetzestexte wie das Strafgesetzbuch sind im herkömmlichen Sprachgebrauch geschrieben. Wie integriert man eine Änderung? Das ganze Strafgesetzbuch umschreiben und jedem Täter eine Täterin zur Seite stellen? „Verständlichkeit geht vor Gendergerechtigkeit“, sagte Thieme, die einen erfrischend pragmatischen Eindruck macht. Das passt zur Hausherrin, die sich mit „Frau Minister“ anreden lässt.

Zu dramatischen Genderauswüchsen kann es in deutschen Gesetzen ohnehin nicht kommen. Binnen-I, Gender-Gap und Ähnliches scheiden als Stilmittel aus. Gesetze muss man vorlesen können, das ist Vorschrift. Das unterscheidet sie von Grünen-Wahlprogrammen. ♦



VOTAVA STADT WIEN / PICTURE-ALLIANCE / DPA



VOTAVA STADT WIEN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Gender-Versuche in Wien
*Sensibler Bürger*innensteig*